



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

22.12.1992 - Drucksache 13/438

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion der CDU**Informationskampagne für die Europäische Einigung**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Diskussionen im In- und Ausland über die Europäische Union haben verdeutlicht, daß eine starke Verunsicherung in weiten Kreisen der Bevölkerung besteht. Europa wird von der Bevölkerung jedoch nur mitgetragen, wenn Klarheit über die Inhalte des Vertrages von Maastricht und die Ziele der Politik besteht.

Die Sorgen und Befürchtungen basieren zu einem großen Teil auf **mangelnder sachlicher Information**. Nach neuesten Umfrageergebnissen hält sich weniger als die Hälfte der Bevölkerung in den alten Bundesländern und lediglich ein Viertel in den neuen Bundesländern für „sehr“ oder zumindest „ziemlich gut“ über die Europäische Gemeinschaft informiert.

Hier haben die Regierungen von Bund und Ländern eine Informationspflicht. Die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses darf nicht dem Zufall überlassen bleiben. Die Chancen und Vorteile, die Europa für jeden einzelnen Bürger bietet, müssen den Menschen mehr als bisher nahegebracht werden.

Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf umfassende Information darüber, daß die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, um eine friedliche und freiheitliche Entwicklung zu ermöglichen und ein größtmögliches Maß an wirtschaftlichen Zukunftschancen, an Freizügigkeit sowie an sozialer und innerer Sicherheit zu geben. Die europäische Politik muß so vermittelt und gestaltet werden, daß sich die Menschen mit ihr stärker identifizieren. Die Bürger müssen spüren, daß es um ihre Interessen geht, sie müssen erfahren, daß nur ein geeintes Europa, ein Kontinent der offenen Grenzen, der guten Nachbarschaft und der Freundschaft uns eine Zukunft in Frieden und Freiheit zu gewährleisten vermag.

Es muß daher deutlich gemacht werden, daß

- die **stufenweise Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion** dazu beiträgt, die wirtschaftliche und monetäre Stabilität auf Dauer zu sichern und unseren Wohlstand zu bewahren,
- die stabile D-Mark nicht Europa geopfert wird, sondern in den Maastrichter Beschlüssen Kriterien verankert wurden, die eine sichere Stabilitätsgrundlage für die **künftige europäische Währung** bilden,
- der Wegfall der europäischen Grenzen die **Innere Sicherheit** nicht gefährdet, vielmehr durch eine europaweite Zusammenarbeit der nationalen Polizei und der übrigen Sicherheitsbehörden eine wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels gewährleistet werden kann,
- eine **gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik** zu einer Lösung der Asylproblematik beiträgt,
- auch in einem vereinten Europa die Bundesrepublik Deutschland ihre **sozialen Errungenschaften** nicht aufgeben wird,
- Europa **keine Einschränkungen nationaler und regionaler Besonderheiten** bedeutet; der Vertrag über die Europäische Union garantiert vielmehr ausdrücklich die nationale Identität und Kultur aller Mitgliedsstaaten und ihrer Regionen,

- der Vertrag von Maastricht die **Rolle der Regionen**, in Deutschland insbesondere der Bundesländer, stärkt,
- in Maastricht die dringend notwendige Verbesserung der **Zusammenarbeit im Umweltschutz** beschlossen wurde,
- gerade aus deutscher Sicht die **Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik** eine existentielle Frage darstellt,
- unsere soziale Marktwirtschaft als Modell für das Vereinte Europa dient.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft unterstützt mit aller Kraft den Europäischen Einigungsprozeß mit dem Ziel einer „immer engeren Union der Völker Europas“ und fordert daher den Senat auf, den europäischen Einigungsprozeß durch eine breit angelegte Informationskampagne — unter anderem auch in den Schulen — zu fördern und zu unterstützen. Diese soll über die europäische Einigung umfassend informieren, die Chancen und Vorteile für Deutschland aufzeigen und damit die unabweisbar notwendigen Informationsbemühungen der Bundesregierung ergänzen.

Nölle, Kudella und Fraktion der CDU